

NACHHALTIGE INVESTMENTS

Diesen Newsletter abonnieren:
handelsblatt-nachhaltigkeit.de

TOPTHEMA: **Kirchliche Anleger als aktive Aktionäre 2**

Präzise Wortwahl ist mehr als ein Spiel



Es ist mal wieder Hauptversammlungssaison. Und Dividendenzeit. „Die nachhaltigste Dividendenrendite gibt es 2016 im Euroraum“, betitelte kürzlich die LBBW Asset Management eine Pressemitteilung. Wer erwartete, hinter der Prognose stehe eine solide Analyse auch in ökosozialer Hinsicht, sah sich getäuscht. Die Eurozone soll 2016 die attraktivste Anlageregion für Dividendeninvestoren sein - pur nach monetären Maßstäben. Das Haus rechnet mit einer durchschnittlichen Dividendenrendite von 3,9 Prozent, die Ausschüttungen dürften leicht über denen des Vorjahres liegen. Begründet wird das mit abgebauten Schulden, attraktiven Cashflows, einem schwachen Euro und einem soliden Wirtschaftswachstum in Europa.

Nachhaltigkeit – war das was? Abgesehen davon, dass sich ein einziges Jahr als Maßstab nicht wirklich eignet, fällt die Definition des Instituts hierfür arg verkürzt aus: Wichtig sei, „darauf zu achten, dass die Unternehmen Dividenden nachhaltig bezahlen, also aus dem Cashflow und nicht aus der Substanz.“ Das ist sicher ein Aspekt ökonomischer Nachhaltigkeit. Aber das greift zu kurz. Solche nicht an der umfassenden Nachhaltigkeitsidee ausgerichteten Verwendungen von „nachhaltig“ führen zu Glaubwürdigkeitsproblemen. Nicht nur bei jenen, die den Begriff nach Gutdünken verkürzt interpretieren. Es belastet insbesondere die ernsthaft mit verantwortlichem und zukunftsfähigen Investieren und Wirtschaften befassten Akteure. Solche, die im wahrsten Sinne des Wortes eine nachhaltige Dividendenrendite erwirtschaften oder finanzieren.

Man könnte sagen: Worte sind unwichtig, es geht um Inhalte. Aber genau weil Inhalte wichtig sind, ist eine präzise Wortwahl nötig. Damit Menschen sich verstehen. Deswegen ist besonders übel, wenn für klare Inhalte stehende Worte missbraucht werden. Wie vom Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft. In dessen witzigen Kinowerbung tönt die Protagonistin: „Fliegen ist das neue Öko.“ Der Verbrauch von vier Litern/km/Passagier liege unter dem anderer Verkehrsmittel. Die Behauptung ist zwar nicht falsch, aber die Klimawirkung von Flugzeugen ist um ein Vielfaches höher als die von Eisenbahnen und Reisebussen und deutlich höher als von Pkws. Fliegen ist darum die klimaschädlichste Form des Reisen, sagen Wissenschaftler und Nichtregierungsorganisationen. Die spielerischen Worte des Verbandes grenzen an Verbrauchertäuschung.

Eine spannende, nützliche Lektüre wünscht Ihnen Ihre Susanne Bergius

Inhalt

TOPTHEMA	
Shareholder Engagement ist kein Wunschkonzert	2
ASSET MANAGEMENT	
Bankenvergleich für Kunden ...7	
Internationale Meldungen	8
BEWERTUNG & PRAXIS	
Schiffsfinanziers ignorieren zentrale Risiken	9
AUSSENANSICHT	
Gut gesagt	13
MELDUNGEN & AUSBLICK	
Termine	14

Mit Unterstützung von



Bethmann Bank
ABN AMRO



HypoVereinsbank
Member of **UniCredit**



J. SAFRA SARASIN
Nachhaltiges Schweizer Private Banking seit 1841



Union Investment

vescore

Engagement ist kein Wunschkonzert

Kirchliche Großanleger beauftragen Vermögensverwalter und Dienstleister und bilden Netzwerke für Firmendialoge. Diese seien keine „Blackbox“, aber nötig seien Geduld und Kompromissbereitschaft.

Die Evangelische Ruhegehaltskasse (ERK) in Darmstadt fährt zweigleisig. Bereits 2008 hat sie als einer der ersten deutschen Großanleger einen Dienstleister beauftragt, ihre Rechte als Aktionärin und Anteilseignerin wahrzunehmen. Damals war das der britische Vermögensverwalter F&C. Nach dessen Übernahme durch die Bank of Montreal (BMO) 2014 firmiert er seit 2015 als BMO Global Asset Management.

Zudem haben die Darmstädter ebenfalls 2008 den Arbeitskreis kirchlicher Investoren (AKI) mitgegründet, über den ebenfalls sogenanntes „Shareholder Engagement“ läuft: Stimmrechtsausübungen und Unternehmensdialoge (siehe Kontext).

Stimmrechtsausübung ist das Mindeste

Klaus Bernshausen, Vorstand der Ruhegehaltskasse, setzt insbesondere auf BMO und fährt hier ebenfalls zweigleisig. Für das Aktienvermögen von rund einer Milliarde Euro (Ende 2015) ist BMO bevollmächtigt, die Depotbank anzuweisen, wie sie bei Hauptversammlungen (HV) abstimmen soll. „Stimmrechtsausübung ist das mindeste, was ein Aktionär machen sollte, weil es zu seiner Verantwortung als Eigentümer und Eigenkapitalgeber gehört, die Stimmrechte wahrzunehmen“, sagt Bernshausen.

Die Stimmrechtsausübung könne angesichts mehrerer Tausend Hauptversammlungen nur elektronisch erfolgen, also ohne Präsenz auf der HV: „Vorab sendet uns BMO alljährlich die aktuelle Abstimmungspolitik, für jeden Tagesordnungspunkt eines jeden Unternehmens. Wir haben immer die Möglichkeit, für einzelne Unternehmen Stimmabgaben vorzugeben.“ Bisher ist das noch nicht geschehen, wurde aber in einigen Fällen diskutiert, und BMO sollte seine Position begründen. Der Dienstleister informiere die jeweiligen Unternehmen vor als auch nach der HV, wenn er gegen Vorschläge des Managements stimmen wolle beziehungsweise gestimmt habe.

Aktive Dialoge mit Unternehmen nötig

Dies ist ein Ansatzpunkt für das weiterführende, englisch ausgesprochene „Shareholder Engagement“. Das ist die zweite Aufgabe von BMO für die ERK: Für deren Aktienportfolio sowie für Unternehmensanleihen im Wert von 500 Millionen Euro führt der Vermögensverwalter direkte Dialoge mit Unternehmen zu Umwelt, Sozialem und Unternehmensführung (international kurz: ESG), will heißen zu heiklen Geschäftsaktivitäten. „Aufgrund der Vielschichtigkeit und Langfristigkeit können wir Engagement bei über 300 verschiedenen Aktien im Portfolio nicht selber betreiben“, erklärt Bernshausen.

Solche Gespräche sind erforderlich. Denn anders als Unternehmensführung (Governance, kurz „G“) sind Umwelt und Soziales (Environment, Social, „ES“) keine Tagesordnungspunkte auf Hauptversammlungen – so will es das Aktienrecht. Es sei ein Problem, dass solche Themen nicht zur Abstimmung zu bringen seien, heißt es auch bei der Bank für Kirche und Diakonie (KD-Bank), sie spiegelten sich höchstens bei Entlastung oder Nicht-Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrates wider. Folglich werde „ES“ durch Engagement aufgenommen.

Bernshausen von der RRK betont: „Abstimmen und Firmendialoge ergänzen sich, die Kombination ist zu empfehlen.“ Das sehen auch drei andere Akteure ►

TOPTHEMA
8.4.2016 | Nr. 4

Kirchliche Anleger verbünden sich

Der Arbeitskreis Kirchliche Investments wurde 2008 durch den Finanzbeirat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gegründet. Dem AKI gehören alle großen institutionellen evangelischen Anleger an: Landeskirchen, Banken, Versorgungs- und Zusatzversorgungskassen und Diakonische Werke.

Seit 2015 heißt er » **Arbeitskreis Kirchlicher Investoren** und ist nun eine offizielle Einrichtung des Rats der EKD.

Der AKI bietet laut eigenen Angaben einen Rahmen sowie **organisatorische und inhaltliche Unterstützung** für koordinierte **Stimmrechtsausübungen und Unternehmensdialoge**.

Im September wurden die Handlungsmöglichkeiten erweitert, damit der AKI koordinierte Engagementaktivitäten ebenso ausbauen kann wie die Zusammenarbeit mit kirchlichen Investorengruppen im In- und Ausland.

Dem AKI gehören » **gut 30 kirchliche Einrichtungen** an.

so, sie haben dieses Konzept des „Responsible Overlay/Reo“ ebenfalls 2008 nahezu zeitgleich beauftragt: die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), die Evangelische Zusatzversorgungskasse (EZVK) in Darmstadt sowie die Evangelische Landeskirche Baden, die vormals die Schweizer Ethos-Stiftung eingeschaltet hatte.

Bei „Reo“ bleiben die Wertpapiere bei den bisherigen Vermögensverwaltern, nur die Wahrnehmung des aktiven Aktionärstums wird an den Dienstleister ausgelagert. Gebündelt fallen folglich einige Milliarden Euro in die Waagschale.

Dienstleister müssen Rede und Antwort stehen

„Wir sind sehr zufrieden mit diesem Engagement“, sagt Bernshausen. „Wir vier werden jedes Frühjahr von BMO sehr ausführlich bei einem persönlichen gemeinsamen Treffen informiert: zu Ergebnissen des vergangenen Jahres, zu aktuellen Engagement- und Voting-Themen sowie möglichen Schwerpunkten des kommenden Jahres.“ Im jeweils letzten Quartal erfrage BMO Themenwünsche für die Firmendialoge.

„Damit können wir als Kunden Engagementthemen beeinflussen.“ Diese Möglichkeit hätten sie auch schon genutzt, beispielsweise nach den Bränden in Bekleidungsfabriken, die vor wenigen Jahren hunderte Tote forderten. „Außerdem verlangen wir existenzsichernde Löhne in der Lieferkette. BMO hat uns mit Informationen versorgt und das zum Dialogthema gemacht.“

Doch was bewirken solche Dialoge? „Dialoge sind eine Blackbox“, kritisiert Martin Buhlmann, Vorsitzender der Vereinigung institutioneller Privatanleger. Diese vertritt nach eigenen Angaben die Interessen der Eigentümer als „aktiver öffentlicher Stimmrechtsvertreter (Physical proxy agent) bei Hauptversammlungen“, um die Management-Prozesse durch Verweise auf Best-Practice-Regeln der Corporate Governance wirksam zu beeinflussen.

Harsche Kritik - die Wirkung bleibt meist verborgen

Denn, so argumentiert die VIP, Corporate Governance sei eine notwendige Voraussetzung für einen Finanzmarkt mit glaubwürdigen ethischen Prioritäten und Nachhaltigkeitsprinzipien: „Corporate Governance und ESG steigern nachweislich Rendite und Marktliquidität!“ Darum tritt Buhlmann mit scharfer Zunge auf Hauptversammlungen auf. Was er damit konkret erzielt, macht die VIP-Webseite Außenstehenden jedoch nicht deutlich (siehe Kontext).

Anders als Reden auf Hauptversammlungen sind Engagement-Dialoge nicht öffentlich, sondern vertraulich. Vieles bleibt tatsächlich im Verborgenen. Also eine Blackbox? „Das kann man so pauschal nicht sagen“, entgegnet Bernshausen. „Wir erhalten umfangreiche Informationen von BMO über die geführten Gespräche, bei welchen Unternehmen und Themen sie erfolgreich waren und welche sich sperren oder nicht transparent genug sind.“ Das könne Anlageentscheidungen beeinflussen.

Bewege sich bei Unternehmen nichts, mache die Ruhegehaltskasse weitere Analysen, führe zumindest bei deutschen Unternehmen selbst Gespräche und rufe Informationen von nachhaltigen Researchakteuren ab, um Beschlüsse gut fundiert treffen zu können.

Wenn dies Konzept von BMO so erfolgreich ist, warum haben sich dann nicht weitere Institutionelle angeschlossen? Die Vier berichten laut Bernshausen regelmäßig über ihr Engagement. An mangelnder Information sollte es demnach nicht liegen. Landeskirchen seien sehr unterschiedlich strukturiert, erläutert er, manche verfügten kaum über Gelder, weil diese dezentral verteilt seien.

Über weitere Gründe lässt sich nur mutmaßen: Vielleicht bringen andere nicht die nötige Geduld auf oder sind von dem Konzept nicht überzeugt. Oder bevorzugen strenge nachhaltige Investments, bei denen es keine heiklen ES-Themen gibt.

Sicher ist: Einige kirchliche Einrichtungen und genossenschaftliche Banken haben andere Dienstleister mit Engagement beauftragt und sind im kirchlichen Arbeits-

TOPTHEMA
8.4.2016 | Nr. 4

Transparenz zum Voting lässt zu wünschen übrig

VIP-Chef Buhlmann schrieb unlängst in einer **kritischen Kolumne**: „Es gibt nicht viele Aktionäre, die absolut sicher sind, dass ihre Stimmrechte definitiv präsent waren geschweige denn, inwiefern die ethischen Aspekte wahrgenommen werden.“

Bei ihm sei das anders, sagte er einmal. VIP biete dem Aktionär **„Abstimmungseinfluss bis zur letzten Minute“** und quittiert ihm unverzüglich, im entscheidenden Augenblick in seinem Sinne gehandelt zu haben.“

Für Außenstehende ist dadurch eventuell Erreichtes jedoch **eben so wenig nachvollziehbar wie bei anderen Akteuren**. Zwar notiert die VIP-Webseite auf einer HV-Agenda aktuelle Termine, doch der letzte Text über Hauptversammlungen datiert von 2010.

Ein Asset Manager sagt über den durch seine unverblühte Sprache bekannte Buhlmann, er sei „sehr effektiv“. Die **Webseite** hingegen gibt darüber keinen öffentlichen Aufschluss. Leistungsberichte gehen wohl nur an Kunden.

TOPTHEMA
8.4.2016 | Nr. 4

kreis AKI aktiv. Beispielsweise kooperieren die Bank für Kirche und Diakonie (KD-Bank) und die Bank für Kirche und Caritas (BKC) mit der Union Investment.

Die katholische BKC aus Paderborn hat sie 2014 für ihre nach nachhaltigen Kriterien investierten Eigenkapitalanlagen beauftragt. Sie lässt kein Engagement für Kundengelder machen. Ist Engagement überhaupt nötig, wenn man als institutioneller Anleger schon nachhaltig anlegt? Ja, sagt BKC-Vorstandsvorsitzender Richard Böger: „Engagement ist ein wichtiger Baustein des ethisch-nachhaltigen Investments.“

Für kirchliche Anleger sei wichtig, nicht nur in ihrer Funktion als kirchliches Organ auf Missstände hinzuweisen, sondern als Kapitalanleger Chancen zu nutzen, um Einfluss zu nehmen, heißt es bei der KD-Bank. Es sei eine Art Kür, will heißen das schwierigste Element, weil es am zeitaufwendigsten sei, erläutert Böger. „Aktien zu verkaufen ist leicht. Veränderungen in Unternehmen anzustoßen, ist dagegen ein hoher Aufwand, den kleine Akteure gar selbst nicht leisten können.“

Wer Aktien verkauft, macht es sich zu leicht

Mit den Ergebnissen des an das Union-Team abgegebenen aktiven Aktionärstums ist Böger zufrieden. „Die machen einen guten Job, haben das Team verstärkt, mischen sich aktiv ein und werden in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Dafür haben sie auch lange gekämpft.“

Das stößt bei der KD-Bank ebenfalls auf gute Resonanz. „Vorteil ist, dass die Union durch die von ihr vertretene hohe Marktkapitalisierung ganz vorne spricht – und gehört wird“, sagt Vorstandschef Ekkehard Thiesler. Die KD-Bank bündelt hierfür seit 2011 die Stimmen von kirchlichen Anlegern in einer Plattform, um Engagement-Themen auf Hauptversammlung und im direkten Dialog mit Unternehmensführungen prominent platzieren zu können. Die Plattform startete mit 35 Kunden. Heute sind es 43 Teilnehmer, die insgesamt 600 Millionen Euro einbringen.

Auch diese Kirchenbank-Vertreter widersprechen vehement der Behauptung, Engagement sei eine Blackbox: „Das ist nicht wahr, es gibt viele Beispiele, wo Engagement etwas bewirkt hat“, sagt Böger. So gebe es bei der Textilbranche kleine Erfolge. Engagement sei ein Teil von zivilgesellschaftlichem Engagement, neben politischem Lobbying, Boykott-Aufrufen und ähnlichem.

„Unternehmen müssen von allen Seiten Druck spüren, um sich zu verändern: von Kunden, Öffentlichkeit und Kapitalmarkt – umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, das sich etwas verbessert.“ VW beispielsweise: Vormalig habe es keinen Druck gegeben, jetzt merkten Aktionäre, dass Verluste drohen, wenn sie untätig bleiben oder zu spät reagieren. Künftig werde der Kapitalmarkt aufmerksamer sein.

Druck von allen Seiten ausüben

Die Union zeige in ihrem jährlichen Report im Sinne eines Rechenschaftsberichts, wie sie abgestimmt habe (Vote-Strategie) und wo sie Firmendialoge (Voice-Strategien) praktiziert habe. „Wer heute untransparent ist, wird abgestraft. Das gilt für Unternehmen genauso wie Vermögensverwalter, die Engagement betreiben“, sagt Böger.

Bei der KD-Bank-Plattform läuft die Transparenz wie folgt ab: Die Kunden erhalten individuelle Auswertungen, wie die Union für die Titel in ihren jeweiligen Spezialfonds, Union-Fondsbeständen oder B-Depots abgestimmt hat, samt zugehöriger Begründungen. Im Jahr 2014 hat sie demnach für die von ihr vertretenen Anleger in insgesamt 19 Ländern bei 1250 Unternehmen abgestimmt.

Zudem erhalten die Anleger Details zu den Firmendialogen. Diese Informationen muss die Gruppe für sich behalten, um die vertraulichen Gespräche nicht zu unterminieren. Einige Kunden würden die Bericht sehr kritisch lesen und stellten zu einzelnen Unternehmen Fragen, erläutert Thiesler. „Einmal jährlich stimmen wir uns mit unseren Kunden und der Union Investment in einer ganztägigen Veranstaltung ab, informieren, was wir erreicht haben und was wir uns jeweils für das kommende Jahr vornehmen.“

TOPTHEMA
8.4.2016 | Nr. 4

Demgegenüber verlässt sich die BKC noch weitgehend darauf, dass die Union die Themen setzt. Die Bank hat gleichwohl Vorstellungen zur Textilindustrie und Rohstoffgewinnung geäußert. Um selbst aktiver zu werden, müssen Institutionelle die „Landschaft“ beobachten, sich bei Einzeltitelthemen auskennen, mehr recherchieren und Entwicklungen verfolgen. „Ich würde mir wünschen, dass wir das aktiver bearbeiten und stärker katholische Themen einbringen könnten. Darum werden wir dieses Jahr die Nachhaltigkeitsabteilung aufstocken“, sagt Böger.

Aber: „Engagement ist kein Wunschkonzert“, betont Helge Wulsdorf, der Nachhaltigkeitskopf der BKC. Man könne nicht einfach jedes Problem adressieren, sondern müsse sehr genau prüfen, wo sich gemeinsam Hebel ansetzen ließen, um systematisch Forderungen stellen zu können. Jeden Verdacht müsse man selber erhärten. „Das Problem ist: Wir müssen Unternehmen beweisen, dass etwas in ihren Wertschöpfungsketten schief läuft.“

Thiesler von der KD-Bank erläutert dazu: „Mit Branchenstudien kommt man bei Unternehmen nicht weiter. Die Recherchen müssen tiefer gehen, Ross und Reiter nennen und Belege für konkrete Missstände liefern.“ Für einen kleinen institutionellen Anleger alleine ist das kaum zu schaffen.

Aktionäre müssen Beweise liefern

„Das ist ein Spannungsfeld, entbindet uns aber nicht von Verantwortung“, sagt Böger. Man müsse aktives Aktionärstum mit Realitätssinn angehen, im Wissen darum, dass es nur unvollkommen sein kann. „Wer meint, er könne damit die Welt verändern, dem sei gesagt: So einfach geht das nicht.“ Die BKC habe sich sehr intensiv mit den Optionen auseinander gesetzt. In diesem Rahmen nutze die Union ihre Möglichkeiten. Dass sie etwas aufgebaut habe, erlaube kirchlichen Anlegern, Kräfte zu bündeln und bestimmte Sachen zu verstärken.

Gefragt, ob es denn gar keine Haken und Ösen bei der Kooperation mit UI gebe, sagt Wulsdorf, es bestünden immer Verbesserungspotenziale. „Wir sind sehr stark im Governance-Bereich unterwegs und könnten Umwelt und Soziales stärker platzieren. Das haben wir im Textilbereich versucht und kleine Erfolge erzielt.“

Die Union einzubinden, sei für die KD-Bank einer von mehreren Wegen, aktive Anteilseignerin zu sein, führt Thiesler aus. „Wir bringen uns beim Uni-Engagement mit in deren Prozess ein, denn das eröffnet Zugänge zu Hauptversammlungen und zu Vorständen. Darüber hinaus nutzen wir unsere eigenen Zugangswege in Deutschland und unser weltweites kirchliches Netzwerk. Denn wir wollen gemeinsam mit kirchlichen und diakonischen Kunden deren besondere Wünsche tiefergehend aufgreifen.“

Für „Engagement“ mehrere Wege beschreiten

Deren zentrale Kernanliegen sind existenzsichernde Löhne, die Einhaltung der Menschenrechte sowie Arbeitsbedingungen nach internationalen Standards. „Wir haben deutsche Unternehmen aufgefordert, sich im Textilbündnis zu engagieren. Inzwischen haben sie sich diesem angeschlossen, aber wir werden künftig die Gespräche auch mit ihnen verstärken“, berichtet der KD-Bank-Chef.

Doch es sei zu einfach, würde man behaupten, die Firmen seien nur auf Druck der Aktionäre dem Textilbündnis beigetreten. „Die Messbarkeit ist schwierig“, erläutert Thiesler: „Entscheidungen sind nie monokausal. Wichtig ist, dass von verschiedenen Seiten eingewirkt wird – je unterschiedlicher die Akteure, die dieselben Themen einfordern, desto mehr Aufmerksamkeit wird erzeugt.“

Aus genau diesem Grund fährt die KD-Bank sozusagen dreigleisig. „Wir wollen die verschiedenen Netzwerke zusammen bringen, damit sie voneinander profitieren und die Wirkung auf Unternehmen steigt“, erklärt Thiesler.

Auch andere kirchliche Akteure wollen die unterschiedlichen Aktivitäten stärker vernetzen, über Kirchengrenzen hinweg. „Wir sind am Anfang des Prozesses und noch nicht auf der Zielgeraden“, sagt Wulsdorf über sein Haus. ▶

TOPTHEMA
8.4.2016 | Nr. 4

So habe sich die BKC zum Thema Rohstoffe abgestimmt mit dem AKI und der KD-Bank. Die Kernfrage lautet: Wo kommen die Rohstoffe her? Ihr Abbau verursacht hohe ökologische Belastungen, doch Autokonzerne wissen nur für einen Teil ihrer Rohstoffe, woher sie kommen. Das ergab 2012 die » Studie „Vom Erz zum Auto“ der Hilfswerke Misereor und Brot für die Welt. Die Konzerne erheben die Informationen demnach vielfach nicht. Die Union soll mehr Transparenz einfordern.

Die Banken als institutionelle Kunden versuchen auch, selbst Informationen mit Beweiskraft zusammenzutragen. Darum bestehen enge Kontakte nicht nur über den AKI, sondern unter anderem auch zu den genannten Hilfsorganisationen sowie zur Steyler Bank und dem Südwind-Institut für Ökonomie und Ökumene. Diese Akteure sind im globalen Süden stark aktiv oder können mit lokalen Nichtregierungsorganisationen Missstände vor Ort aufdecken.

Beispielsweise hat die KD-Bank im Auftrag ihrer Kunden eine gesonderte Recherche durch Südwind durchführen lassen zu existenzsichernden Löhnen, um an Informationen mit Beweiskraft zu kommen. Derartige Aktivitäten will sie in den nächsten Jahren verstärken.

Südwind wird nach eigenen Angaben Kontakte nach Indonesien und anderen Ländern nutzen, um an Lohn- und Gehaltszettel von Zulieferern deutscher börsennotierter Unternehmen zu kommen – ein nicht ganz ungefährliches Unterfangen. Sie tat das schon einmal für die Zulieferer von Adidas. Ergebnis: Sie hielten die Mindestlöhne weitgehend ein, aber zahlten keine existenzsichernden Löhne.

Konsequenzen jahrelang unklar

Was ist, wenn Engagement nicht fruchtet? Konsequenterweise müssten die Institutionellen dann ihre Aktienpakete an dem betreffenden Unternehmen veräußern. Merkwürdig ist: Keines der Institute hat bereits Aktien infolge unbefriedigenden Engagements verkauft. Die Dialog-Historie sei noch nicht lang genug, um das zu thematisieren, heißt es bei der BKC, die erst seit 2014 aktive Aktionärin ist. Sie hat Aktien bisher allerdings aufgrund von Ausschlusskriterien oder der sogenannten Best-in-Class-Anlagestrategie abgestoßen.

Bei der KD-Bank ist das ähnlich. Von der Union als kontrovers eingestufte Unternehmen werden prinzipiell ausgeschlossen, sind aber meist schon vorher wegen strenger eigener Kriterien nicht (mehr) im Anlageuniversum. Aber die Frage könnte aktuell werden: „Wenn ein Textilunternehmen nicht gesprächsbereit ist oder sich nicht bewegt, wäre die letzte Konsequenz, es auszuschließen“, sagt Thiesler

Die Evangelische Ruhegehaltskasse ist schon seit sieben Jahren aktive Aktionärin, hat jedoch gleichfalls noch keine Aktie aus solchen Gründen verkauft. Bernshausen erklärt: „Das liegt mit daran, dass nicht-öffentliche Gesprächsprozesse sehr langfristig sind und in Unternehmen nur langfristig etwas bewegen.“ Er habe den Eindruck, dass sich etwas tue.

Ohne Kompromisse geht gar nichts

Die größten Kompromisse sind bei der Themenauswahl für intensives Engagement zu machen. „Selbstverständlich wissen wir, dass BMO hier für verschiedene Kunden und Kundengruppen tätig ist, so dass wir nicht davon ausgehen können, dass alle von uns vorgeschlagenen Themenschwerpunkte auch ohne Abstriche von BMO aufgenommen werden können“, erläutert Bernshausen.

Allerdings bestehe eine große Schnittmenge bei den ethisch-nachhaltigen Zielsetzungen seines Hauses und der von den anderen kirchlichen und nicht-kirchlichen Investoren. „Und Themen, die uns sehr wichtig sind, werden wir zukünftig auch – zumindest in Deutschland – über den AKI versuchen, direkt zu adressieren.“

Die Kirchenbanker berichten übereinstimmend: Man müsse viel Geduld mitbringen, kompromissbereit sein und mit Teilerfolgen leben.

Susanne Bergius



**Jetzt bewerben
bis zum
13.05.2016**

Gesucht: Die Energie- Visionäre des Jahres.

Der Handelsblatt Energy Award 2016 für innovative
Energiekonzepte mit Zukunft.

Die Kategorien:

- Industrie
- Smart Home
- Mobilität
- Start-up
- Utilities & Stadtwerke

Ihre Energie verdient einen großen Rahmen: Erleben Sie eine hochkarätige Jury, eine festliche Preisverleihung mit umfangreicher Berichterstattung und profitieren Sie vom Networking mit Experten direkt vor Ort. Bewerben Sie sich jetzt unter:

energyawards.de

Unsere Partner:



BearingPoint®



Medienpartner:



ener|gate
con|energy gruppe

Eine Initiative von:



Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Kunden sollen vergleichen können

Durch **Verbraucherportale** wollen 40 Nichtregierungsorganisationen in immer mehr Ländern einen Wettbewerb um **fairen Bankgeschäft** anstoßen.

Seit März können Kunden in Deutschland aus einer Plattform ersehen, ob ihre Bank Umweltstandards sowie Menschen- und Arbeitsrechte bei Kapitalanlagen und Kreditvergaben beachtet. Sie können Banken direkt vergleichen. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) unter Führung von Facing Finance haben hierfür den » **Fair Finance Guide Deutschland** erarbeitet als Teil eines internationalen Führers (siehe Kontext).

Hierzulande wurde zunächst mit acht Instituten ein Querschnitt der Branche bewertet. „Schritt für Schritt sollen weitere Banken dazukommen“, sagt Thomas Küchenmeister, geschäftsführender Vorstand von Facing Finance. „Kandidaten für den nächsten Schritt sind Sparkassen, die Hypo-Vereinsbank, Ethikbank, Steylerbank, Sparda Banken sowie Volksbanken.“ Mit welchem Institut begonnen wird, verrät er nicht. Es soll aber noch dieses Jahr geschehen.

GLS und Triodos sind mit 92 und 82 Prozent Spitzenreiter. Die katholische Pax-Bank ist mit drei Prozent weit abgeschlagen. Als einziges Institut sei sie nicht zum konstruktiven Dialog bereit gewesen, so Mario Dziamski von der NGO Rank a Brand.

Bei den Geschäftsbanken ist die LBBW trotz Nachhaltigkeitssystemen und starker Finanzierungen regenerativer Energien das Schlusslicht. Sie habe für viele Bereiche „keine konsequenten Richtlinien veröffentlicht, in denen sie sich verpflichtet, bei Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen Normen wie zum Beispiel die der Internationalen Arbeitsorganisation einzuhalten“, sagt Antje Schneeweiß von Südwind.

Große Defizite bei Transparenz und Richtlinien

Die Bewertungen basieren auf 240 sozialen und ökologischen Kriterien. Die Urteile beruhen ausschließlich auf den Richtlinien der Banken - sofern diese öffentlich verfügbar sind. Denn Zielgruppe sind die vermehrt an den Maßstäben ihrer Banken interessierten Privatkunden, die auf öffentliche Informationen angewiesen sind. Darin unterscheidet sich das Verbraucherportal bewusst von für Institutionelle arbeitende Ratingagenturen für Nachhaltigkeit. Diese erhalten vertraulich Einblick in Dokumente und Geschäftsabläufe und kommen darum zu besseren oder anderen Ergebnissen.

Private Großbanken sowie öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Institute hätten teils große Defizite bei der Veröffentlichung und Implementierung von sozialen und ökologischen Richtlinien für sensible Sektoren wie Bergbau oder Energieerzeugung, kritisieren die NGOs. Da Selbstverpflichtungen an der Wirklichkeit zu messen sind, haben sie Fallbeispiele heikler Finanzierungen und Investitionen recherchiert. Sie fließen nicht in die Bewertung ein, werden aber dargestellt. Commerzbank, Deutsche Bank oder DZ Bank seien entgegen eigener Richtlinien in kontroverse Unternehmen investiert oder finanzierten diese, wird bemängelt.

Die bewerteten Banken kritisieren das Verfahren. Die Großen, weil nur veröffentlichte Informationen einfließen. Nachhaltige Banken betonen, der Fokus liege auf Richtlinien und eigne sich mehr für Großbanken. Manche Kreditvergabe-Aktivitäten wie Ölförderung in der Arktis seien bei ihnen per Satzung ausgeschlossen, so dass sie als Geschäftsfelder nicht vorkämen und es keiner Richtlinien bedürfe. Manch einer äußert sich enttäuscht über die Methodik und fühlt sich nicht gerecht beurteilt.

Susanne Bergius

ASSET MANAGEMENT

8.4.2016 | Nr. 4

Transparenz in vielen Ländern schaffen

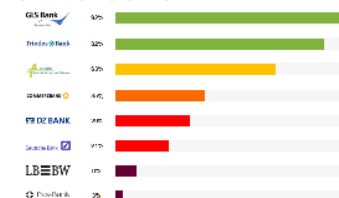
Das deutsche Verbraucherportal ist Teil des » **internationalen Fair Finance Guide**. Portale gibt es für **acht Länder**, darunter Brasilien, Frankreich, Japan, die Niederlande und Schweden. Insgesamt sind bisher **58 Kreditinstitute** bewertet (ohne Doppelzählungen). Die Expansion nach **Österreich** und in die **Schweiz** ist **geplant**.

Die **Bewertungen können sich** je nach Land **unterscheiden**: So schneidet die Triodos in Deutschland besser ab als in Belgien, während die Deutsche Bank dort mehr Punkte holt als hierzulande.

In den **Niederlanden** gibt es **keine Punktzahl, sondern „Smileys“** in fünf Farben für unterschiedliche Bereiche. Bei ABN Amro etwa sieht das so aus: Ein grünes Gesicht freut sich über die Richtlinien zu Waffen, Menschen- und Arbeitsrechten, ein Gelbes lacht zur Gesundheit, das Orange kommentiert Boni verkniffen, ein Hochrotes mit hängenden Mundwinkeln ist verärgert über die Klimawandelpolitik und ein Dunkelviolett ist sichtlich erzürnt über fehlende Tierschutzvorgaben. Dieses letzte Emblem taucht in der » **Matrix zu zehn Banken** nur ein Mal auf.

Das **Netzwerk Fair Finance Guide International** wurde gegründet von Oxfam Novib und wird finanziert von der schwedischen Entwicklungsbehörde Sida. Dahinter stehen fast **40 Organisationen** für Menschenrechte, Umweltschutz und Verbraucherschutz sowie Gewerkschaften.

» Klicken Sie auf die Grafik und erfahren Sie mehr!



Kommentierung erwünscht: Gesetz zur EU-Berichtspflicht

Bis 15. April 2016 können Unternehmen, Investoren und Interessengruppen respektive ihre Verbände den Mitte März vorgelegten » Referentenentwurf zur sogenannten CSR-Berichtspflicht kommentieren. Damit konkretisiert das Bundesjustiz- und Verbraucherschutzministerium (BMZ) eine neue » europäische Richtlinie. Demnach müssen große Unternehmen ab 2017 über ihre Verantwortung für die Folgen ihrer Geschäftstätigkeit (Corporate Social Responsibility, CSR) berichten: Ob sie Umweltstandards sowie Arbeits- und Menschenrechte einhalten und Korruption bekämpfen und welche Risiken diese Themen bergen. Das erfordert Angaben zu Wertschöpfungsketten, auch von Zulieferern. Die Berichterstattung kann Investoren die Einschätzung erleichtern, wie zukunftsfähig Firmen sind, deren Aktien oder Anleihen sie halten.

Das BMZ plant Änderungen im Handelsgesetzbuch (HGB). Ergänzend zu EU-Vorgaben erwägt es, Verbraucherbelange einzubeziehen. „Dann müssten Unternehmen auch Stellung beziehen zum Schutz der personenbezogenen Daten der Verbraucher, zur Verbraucherbetreuung und -information sowie zum Beschwerdemanagement“, erklärt Sabine Braun, Geschäftsführerin der Kommunikationsberatung Akzente aus München. „Unternehmen, die noch kein Reporting haben, sollten jetzt nicht stöhnen, sondern die Berichtspflicht als Chance sehen, denn sie zwingt sie dazu, sich mit wichtigen Zukunftsfragen auseinanderzusetzen.“ Davon könnten sie profitieren. Zumal es zunehmend Haftungsrisiken beeinflusst, wie sie mit Klimawandel, Digitalisierung, demografischem Wandel oder Menschenrechten in der Lieferkette umgehen.

Ratings für Fonds – kein ganz neues Terrain

Der US-Indexanbieter MSCI will eine Rangliste der nachhaltigsten Fonds aufstellen, so Bloomberg im März. Dazu sollen 21.000 Fonds samt der von ihnen gehaltenen Wertpapiere nach ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien beurteilt werden. Tage zuvor hatte das Analysehaus Morningstar in Kooperation mit dem Research-Netzwerk Sustainalytics solche Fondsbewertungen zu Umwelt, Soziales und Governance gestartet. Morningstar behauptet, den weltweit ersten Nachhaltigkeitsstandard für Fonds und Portfolios etabliert zu haben. Das ist übertrieben: Bereits seit Ende 2013 lässt das Institut Finance & Ethics Research (FER) bei seinen Fondsratings systematisch Nachhaltigkeitskriterien einfließen. Eine patentierte Wertigkeitskennzahl gibt an, zu welchem Prozentsatz ein Fonds oder ein Portfolio bestimmte ethische, soziale und ökologische Kriterien erfüllt. FER gehört zur österreichischen Software Systems, die die Fondsdatenbank FIAP betreibt. Diese beinhaltet weltweit 11.000 Fonds, die meisten haben ein Nachhaltigkeitsrating.

Freiheit von Quartalsberichten fordert Investor Relations

Ab diesem Jahr besteht für im Prime Standard notierte Unternehmen keine Pflicht mehr zu Quartalsberichten. Dies sei die folgenreichste Neuerung in der Flut der Gesetzgebungen vom Herbst 2015, meinen Lucia Matheé und Charlotte Brigitte Looß, Geschäftsführerin respektive Beraterin der Agentur Mathée. Grundlage sei eine EU-Richtlinie, infolgedessen der Börsenrat der Frankfurter Wertpapierbörse im November die Börsenordnung angepasst habe. Demnach erfüllen die im Prime Standard notierten Unternehmen die Mindestanforderung durch eine zweisprachige Mitteilung im ersten und dritten Quartal – selbst unter Verzicht auf jegliche Kennzahlen. „Für die Finanzabteilungen gerade kleinerer Emittenten schafft die neue Regelung spürbare Erleichterung, entbindet sie sie doch zweimal im Jahr von der arbeitsintensiven Erstellung konsolidierter Quartalsabschlüsse“, schreiben die Beraterinnen im » Kapitalmarktportal Going Public. Aber das berge das Risiko, etablierte Kapitalmarktstandards zu unterschreiten und als Emittent weniger attraktiv zu sein, geben sie Investor Relations zu bedenken. „Denn der Informationsbedarf von Investoren und Analysten verändert sich nicht. Je klarer, zielgruppenspezifischer und verlässlicher die Quartalsinformationen werden, umso eher wird die IR-Arbeit im Markt geschätzt.“

ASSET MANAGEMENT

8.4.2016 | Nr. 4

Mit Unterstützung von



Schiffsfinanziers ignorieren Risiken

Der riesige globale Güterhandel auf dem Seeweg hat große ökosoziale Folgen. Banken finanzieren die Welthandelsflotte. Doch sie versäumen, bei Krediten verantwortliches Wirtschaften einzufordern.

Der Handel über die Weltmeere wächst stetig: Seit den siebziger Jahren um durchschnittlich vier Prozent jährlich, so die US-Umweltbehörde EPA 2015. Das dafür benötigte Geld kommt unter anderem von Großanlegern. Auch von solchen, die sich an Prinzipien verantwortlichen Investierens orientieren, dem Socially Responsible Investing (SRI). „SRI-Investoren beteiligen sich direkt an Unternehmen des Schifffahrtssektors oder indirekt über den Kauf von Bankanleihen, welche die Institute zur Refinanzierung ihres Geschäfts mit dieser Branche begeben“, sagt Tommy Piemonte, Leiter Nachhaltiges Investment der Researchagentur Imug, Hannover.

Der globale Güterhandel findet zu 90 Prozent über den Seeweg statt. Die Schifffahrt beeinflusst somit als zentrale Branche die Art, wie ökologisch und sozial verträglich die Globalisierung stattfindet. Ökonomisch relevant steht die Schifffahrt andererseits für beträchtliche Umweltschädigungen wie Luftverschmutzung, Umweltbelastungen durch giftige Farben, Hafen- und Werftbetrieb, Müll-Verklappung, das Abwracken sowie in geringerem Maße Schifflärm. Vieles davon zeigte anschaulich die Dokumentation der ARD am 30. März mit dem Titel „Seebind – Der wahre Preis der Frachtschifffahrt“.

Gang und gebe: Umweltlast und Arbeitsrechtsverstöße

Die internationale Schifffahrtindustrie verursacht zehn Prozent aller CO₂-Emissionen des globalen Transportsektors (siehe Grafik). Ihre Kohlenstoffintensität sehe somit gegenüber anderen Arten des Gütertransports vorteilhaft aus, so die Analysten der Schweizer Bank J. Safra Sarasin. Allerdings wird sich der CO₂-Ausstoß bis 2050 trotz moderaten Frachtwachstums voraussichtlich mehr als verdoppeln, schätzt die International Maritime Organisation IMO. Grund: Die rasant wachsende Kreuzfahrtindustrie. Bis 2020 würden weltweit 55 neue ultra-große Kreuzfahrtschiffe mit einem Investitionsvolumen von 25 Milliarden US-Dollar vom Stapel laufen, erwartet die Cruise Lines International Association (CLIA).

Zweites Kernproblem sind vielfach menschenunwürdige Arbeitsverhältnisse in Abwrackwerften in Entwicklungs- und Schwellenländern (Pakistan, Indien, Türkei). Es geht um massive Verstöße gegen Menschen- und Arbeitsrechte (s. Kontext).

Undurchsichtige Verantwortlichkeiten

Wer ist verantwortlich? Das herauszufinden, ist für Investoren eine Krux: Die Branche sei eine der komplexesten schlechthin, sagt Piemonte. Überaus undurchsichtigen seien die Strukturen und rechtliche Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Akteuren: Schiffseignern, Reedereien, Schiffsfinanzierern, Dienstleistern/Schiffsmanagern, Charterern/Mietern und Mischformen. „Darum ist nahezu unmöglich festzustellen, wer genau die Verantwortung für öko-soziale Leistungen und Verfehlungen trägt.“

BEWERTUNGEN & PRAXIS

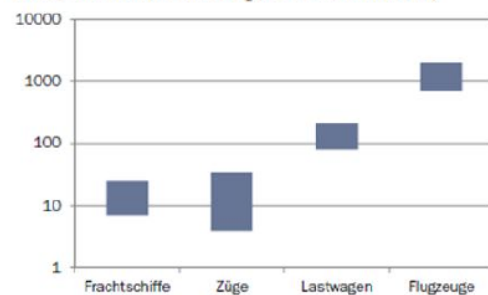
8.4.2016 | Nr. 4

Grafik 1: Handelsvolumenwachstum im Vergleich zum Wachstum des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP)



Quellen: WTO, BoA/ML, Drewry, Alphaliner

Grafik 9: Vergleich der CO₂-Emissionen verschiedener Transportmittel (Gramm CO₂ pro Tonne und Meile)



Quelle: ICTT, 2013

Beide Grafiken zitiert aus J. Safra Sarasin, Oktober 2015

Schatten der Globalisierung

Unfälle durch „technische Mängel“ oder menschliches Versagen geschehen häufig bei Billigflaggen. Hintergrund sind vielfach fehlende Regelungen zur Besatzungsstärke, lange Arbeitszeiten ohne angemessene Ruhepausen, unfaire Entlohnung sowie eine schlechte Versorgung mit Lebensmitteln und Trinkwasser.

Die Schifffahrt und/oder die Abwrackwerften beeinträchtigen teils die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerungen. Illegale und industrielle Fangschiffe gefährden Kleinfischerei. Von illegalem Warentransport, der Umgehung von Embargos sowie Piraterie und Terrorismus ganz zu schweigen.

Die Welthandelsflotte umfasst mehr als 48.700 Schiffe, so das Department for Transport. Sie ist zum großen Teil mit Hilfe von Finanzinstituten aufgebaut. Folglich liegt die Frage nahe, ob und wie diese die verschiedenen Akteure der Schiffswelt zu verantwortlicherem Wirtschaften bewegen könnten. Vier namhafte deutsche Schiffsfinanziers sind die „Nordlichter“ Bremer Landesbank, HSH Nordbank und Nord LB sowie die Förderbank KfW. Piemontes Tipp: Anleger sollten die Schiffsfinanziers in die Verantwortung nehmen: „Schiffsfinanzierer müssen jeweils dafür sorgen und belegen, dass dahinter stehende Richtlinien und Managementsysteme die Einhaltung internationaler Umwelt- und Sozialstandards gewährleisten.“ Sie könnten sämtliche Akteure in den Wertschöpfungsketten der Branche dazu verpflichten, das heißt sie als Nukleus eines Schneeballsystems „mitnehmen“.

Von internationaler Regulierung ist nicht viel zu erwarten. Zwar traten Vorgaben der IMO für CO₂-Emissionen 2013 in Kraft. Doch es sind „minimale Vorgaben zur Energieeffizienz für neu in Betrieb genommene Schiffe“ sowie ein Mechanismus zur Verbesserung der Effizienz in älteren Schiffen, schreibt J. Safra Sarasin. Gleichwohl prognostizieren die Schweizer bis 2030 erhebliche Verbesserungen bei der CO₂-Effizienz. Für Schwefelemissionen gibt es seit 2015 zumindest für vier Meeresregionen Grenzwerte. Doch das sind eben nur erste ökologische Regulierungsbausteine.

Im Eigeninteresse von Banken

Das Thema liegt durchaus im Eigeninteresse von Kreditinstituten. Wer sich darum nicht kümmert, gerät in die Schlagzeilen. Das erlebte Anfang 2015 die NordLB (siehe Kontext). Die Deutsche Bank hatte einst den Börsengang des Fischfangunternehmens China Tuna Industry Group's (CTI) im Wert von 150 Millionen US-Dollar vorbereitet. Doch im vorläufigen Wertpapierprospekt standen veraltete Angaben zum bereits überfischten Bestand des Großaugenthunfisches. Der Business Plan nahm laut Nichtregierungsorganisation Banktrack keine Rücksicht auf reglementierte Fangquoten. Darum habe das chinesische Ministerium für Fischerei laut Greenpeace 2014 von einer Irreführung der Investoren gesprochen. CTI habe als Ergebnis der negativen Berichterstattung seinen geplanten Börsengang abgebrochen, berichtete Business Wire 2014. Der Bank ging bildlich gesprochen ein Fisch durch die Lappen.

Derartige Risiken haben Schiffsfinanziers meist nicht auf dem Schirm. Dabei wäre ökosozial verträgliches Wirtschaften und Entsorgen laut Experten in Vertragsbedingungen regelbar. Doch nur ein Drittel der Banken beschäftigen sich überhaupt mit Nachhaltigkeit bei der Schiffsfinanzierung. Dagegen können 68 Prozent der Finanzinstitute keinerlei Hinweise für die Einbindung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (Englisch kurz ESG) in der Schiffsfinanzierung vorlegen.

Risiken sind unterbelichtet

Dieses Fazit zieht eine Grundlagenstudie von Imug, die dem Handelsblatt Business Briefing Nachhaltige Investments vorliegt. Imug recherchierte zu internen Leitlinien, wie weit diese im eigenen Managementsystemen abgebildet sind sowie zur Offenlegung. Sie hat erstmals alles Material zu ESG zusammengeführt (siehe Kontext). Kein einfaches Unterfangen, nur 18 von 56 Banken veröffentlichten Leitlinien.

Die Agentur befragte überdies die internationalen Schiffsfinanzierer sowie weitere Experten. Das Ergebnis ernüchtert: Die Noten „gut“ oder „hervorragend“ bekam niemand. „Kein Institut hat eine inhaltlich umfassende Richtlinie, keines fördert und fordert Nachhaltigkeit im Schiffssektor durch eine Weiterentwicklung von Standards in der Branche aktiv“, resümiert Piemonte. „Nur wenige haben ansatzweise interne Prozesse und Managementsystemen. Öffentliche Berichterstattung ist nicht vorhanden.“

Das Papier wendet sich an die Akteure in der Schifffahrt, vor allem an die, die im Finanzierungsgeschäft tätig sind. Darüber hinaus können sich solche SRI-Investoren einen Überblick zum Thema verschaffen, die sich direkte Investitionen oder indirekte zum Beispiel in Form von Schiffspfandbriefen vorstellen können. ▶

BEWERTUNGEN & PRAXIS

8.4.2016 | Nr. 4

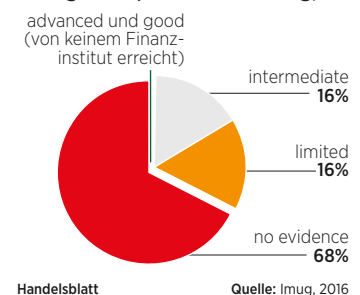
NordLB in den Schlagzeilen

Anfang 2015 mahnte der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel im NDR die NordLB, bei Schiffsfinanzierungen für eine ordnungsgemäße **Verschrottung der Schiffe** zu sorgen. Anlass waren Recherchen von NDR Info und ARD, wonach die Bank 2012 zwei ältere Schiffe finanzierte, die 2014 über Zwischenhändler aus der EU nach Indien gebracht und unter **fragwürdigen Umwelt- und Sicherheitsbedingungen** verschrottet wurden. Sie gehörten zuvor einer Hamburger Fondsgesellschaft. Auf einem der Schiffe starb ein Arbeiter bei einer Gasexplosion. Die NordLB sagte laut NDR, sie habe keinen Einfluss auf das, was nach der Vertragslaufzeit passiere.

Dem widerspricht Henning Gramann vom Green Ship Recycling Service: „Ein Finanzinstitut kann sehr wohl bereits bei der Finanzierung eines Schiffes einen Einfluss auf das zukünftige Schiffsrecycling nehmen, in dem es dieses bei der Vertragsgestaltung berücksichtigt.“ Der Beweis: Die niederländische **Rabobank** hat eine laut Imug **ausgezeichnete Regelung** für das Abwracken der von ihnen finanzierten Schiffe.

Bankenbewertung

Beurteilung der Nachhaltigkeit von 56 Schiffsfinanziers (Richtlinien, Management, Berichterstattung)



Neun Banken heben sich immerhin mit nachhaltigkeitsorientierten Ansätzen in der Schiffsfinanzierung aus dem Markt hervor und erhalten die mittlere Bewertungsstufe „intermediate“. Sie haben vom Vorstand verabschiedete oder unterstützte Richtlinien und machen sie öffentlich oder auf Anfrage zugänglich (siehe Kontext). Aber lediglich vier Institute finanzieren Schiffe mit Öko-Zertifizierungen wie etwa Blauer Engel, Green Award Certificate oder Lloyds Environmental Protection Notation. „Das ist ein anspruchsvoller Indikator, aus dem deutlich hervorgeht, dass die Finanzinstitute die Nachhaltigkeit im Schiffssektor erhöhen möchten“, sagt Piemonte. Die vier Finanzinstitute, die eine Zertifizierung nach Nachhaltigkeitsaspekten fordern, sind ABN Amro, Crédit Agricole CIB, Société Générale CIB und die KfW IPEX-Bank.

Neun Banken tun sich hervor

Wesentliche Beweggründe derjenigen Banken mit ESG-Richtlinien sind ein besseres Reputations- und Risikomanagement sowie ökonomischer Erfolg durch die Einhaltung von Umweltauflagen und eine bessere Vermarktung von CO₂-effizienten Schiffen. „Ein vorrangig genanntes Motiv ist die Verantwortung gegenüber Investoren“, berichtet Piemonte. Studien aus 2001 und 2010 hätten bewiesen, dass die Vorhersagegenauigkeit zu Kreditausfällen durch Einbezug von Nachhaltigkeitskennzahlen um zehn Prozent verbessert werden könne. Das mache eine Anlage für Investoren sicherer. Nachhaltigkeitsaspekte zu beachten, mache Schiffspfandbriefe zudem für SRI-Investoren interessant.

Die Analyse der 18 Banken mit Richtlinien zeigt: Umweltthemen stehen im Fokus, soziale und Governance-Themen werden vernachlässigt. So haben elf Institute als Umweltindikatoren die Schiffsemissionen, Ballastwasser und Recycling von Schiffen genannt. Zu giftigen Substanzen in Anti-Fäulnis-Farben sagt das Deutsche Finanzinstitut: „Dies Kriterium ist Bestandteil unserer Schiffsbewertung“.

Soziales wird vernachlässigt

Bei den sozialen Themen hingegen haben weniger als die Hälfte Voraussetzungen geschaffen, um Arbeitssicherheit und faire Arbeitsbedingungen in Betracht zu ziehen. Noch schlechter sieht es hinsichtlich des Alters von Schiffen, der Beflagung oder der Versicherung aus. Überraschenderweise haben aber 13 Banken auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Due-Diligence- oder Monitoring-Prozesse in ihren Richtlinien vorgesehen. Ob diese in die betrieblichen Abläufe integriert sind, wäre gesondert zu erforschen. Nur drei der 18 Institute – also nur drei von insgesamt 56 Banken – berichten über die soziale und ökologische Performance ihrer Schiffsportfolios.

„Gleichwohl lassen sich bei einigen Kriterien Vorreiter ausmachen, die ein Thema besonders gut platzieren und somit sicherlich zur Verbesserung von Nachhaltigkeit im Schiffssektor beitragen“, sagt Piemonte. Die wenigen Banken, die auf einem sehr guten Weg seien, „können mit einer stetigen Steigerung ihres Engagements zu einem wichtigen Treiber für Nachhaltigkeit werden.“

Vorreiter stoßen bessere Leistungen der Schifffahrt an

Besonders hebt Imug die SEB und die Crédit Agricole CIB hervor. Ihre Richtlinien beziehen sich dezidiert auf die internationalen Standards und Konventionen der Schifffahrt, wie Safety Of Life at Sea (SOLAS), die Maritime Labour Convention (ILO) oder die International Convention for the Prevention of Pollution from Ships (MARPOL). Die Richtlinie der Crédit Agricole CIB umfasst sämtliche Geschäftsaktivitäten mit der Schifffahrtsbranche.

Die ABN Amro demonstriert als Mitglied der Sustainable Shipping Initiative öffentlich, aktiv an der Weiterentwicklung von Standards im Schiffsbau und der Reduktion von Umwelt- und Sozialrisiken in der Schifffahrt teilzunehmen.

Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Rabobank haben demnach eine ausgezeichnete Regelung für das Abwracken der von ihnen finanzierten Schiffe. ►

BEWERTUNGEN & PRAXIS
8.4.2016 | Nr. 4

Die besten Banken sind gleichwohl mittelpärchtig

- ABN AMRO Bank N.V.
- Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg-Girozentrale
- Crédit Agricole CIB
- Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
- Europäische Investitionsbank
- NIBC Bank N.V.
- NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale
- Skandinaviska Enskilda Banken AB
- Société Générale CIB

Damit entkräften sie das auch bei der Umfrage häufig angeführte Argument, eine Bank könne nicht beeinflussen, was mit dem Schiff nach dessen Nutzung geschehe. Zudem gibt es laut EIB ein Schiffsrecycling-Übereinkommen, das global anwendbare Vorschriften für Schiffsbau- und Schiffsrecycling-Tätigkeiten vorsieht. Hier sollte sich also kein Finanzierungsinstitut mehr herausreden können. Die Rabobank finanziert Schiffsbau und -betrieb nur dann, wenn alle im Geschäftszyklus des Schiffes involvierten Firmen wesentliche Konventionen und Richtlinien erfüllen. Demnach verweigert sie die Finanzierung, wenn beim Abwracken menschenunwürdige, hoch riskante Arbeitsbedingungen und / oder Umweltverstöße wahrscheinlich sind.

ABN Amro sieht in ihrer Schiffsfinanzierungspolitik auch vor, dass Unternehmen bestimmte Standards für die Lebens- und Arbeitssituation an Bord gewährleisten müssen: „Kunden sollten für die Sicherheit, Gesundheit und das Wohlergehen aller Beschäftigten sorgen, inklusive Tagelöhner und Arbeitsmigranten. Sowie die Menschenrechte respektieren und besonders für das Wohlergehen lokaler Gemeinschaften beachten und solcher, die durch ihren Geschäftsbetrieb betroffen sind.“ Diese klare und umfassende Bestimmung steht im Kontrast zu 43 Prozent der befragten Institute, die derartige soziale Herausforderungen als „nicht relevant“ abhaken.

Gute Managementsysteme - Schwachstelle Transparenz

Policies alleine reichen aber nicht. Die Vorgaben müssen in die betrieblichen Prozessen verankert werden, wenn sie wirken sollen. Die Managementsysteme für Nachhaltigkeit in der Schiffsfinanzierung fallen bei den Unternehmen, die im Rahmen der Analyse mit der besten erreichten Note „durchschnittlich / intermediate“ bewertet wurde, sehr umfassend aus.

In den Kategorien „Means of implementation“ und „Risk Disclosure“ geht ABN Amro als Best-Practice-Beispiel voran. Die NordLB hat ein Scoringtool entwickelt, mit welchem verschiedene Kriterien eines Schiffskredits unter Nachhaltigkeitsaspekten bewertet werden. Das soll bei Investitionsentscheidungen helfen.

Transparenz ist die große Schwäche aller Finanzakteure. Zwei gaben Imug vertraulich Informationen: Bei einem erreichen mehr als 50 Prozent der Neufinanzierungen die beiden höchsten Klassen des internen Nachhaltigkeits Scorings bereits zu Baubeginn. Das andere hat ein internes Reporting zur Schiffszahl, für die CO₂-Emissionen und Energieeffizienz erfasst sind. Die KfW IPEX-Bank finanziert laut eigenen Angaben bevorzugt Schiffe mit einer Bewertung nach dem Energy Efficiency Design Index (EEDI) - 88 Prozent der Schiffe ihres Portfolios haben dies. „Das Handelsschiffahrtsportfolio schneidet im Durchschnitt etwas besser ab als die Weltflotte“, so die KfW.

Geldgeber spielen zentrale Rolle

Auch wenn ein Großteil der an der Schifffahrt beteiligten Experten und Banken bereits Teilaspekte nachhaltigen Handelns in ihre Geschäftsentscheidungen einbezogen, würden die ESG-Risiken bisher noch nicht flächendeckend adressiert, führt Piemonte weiter aus. „Das aber ist aufgrund der großen wirtschaftlich globalen Bedeutung der Schifffahrt unerlässlich.“ Banken spielen nach Ansicht von Imug eine zentrale Rolle: „Denn durch die Integration oder die Abwesenheit von ESG-Kriterien bei der Kreditvergabe nimmt das Finanzinstitut eine enorme Lenkungsfunktion für die Nachhaltigkeitsausrichtung des Sektors ein und zwar im Bezug auf Planung, Schiffsbau, Schiffsbetrieb bis hin zur Schiffsverschrottung.“

Banken können flächendeckende Qualitätsstandards sicher stellen: Ihre Richtlinien zur Kreditwürdigkeitseinstufung könnten festlegen, welche Nachhaltigkeitsthemen die Kreditempfänger bei Herstellung, Ausrüstung und/oder Wartung von Flotten sowie im Umgang mit Mitarbeitern und anderen Stakeholdern einhalten müssen. Die SEB behält sich laut ihrer Schiffsfinanzierungsrichtlinie vor, die Geschäftsbeziehung zu Kunden zu beenden, sollten sich diese nicht an die dort fixierten Nachhaltigkeitsaspekte halten.

Susanne Bergius

ASSET MANAGEMENT

8.4.2016 | Nr. 4

Analyse der Grundlagen - Kontroversen sind noch zu recherchieren

Imug bewertete hauptsächlich die Richtlinien und ob es Managementsysteme und ein Reporting gibt. Die Banken sollten diesbezüglich Antworten zu 30 Aspekten geben. Die Studie ist Grundlage für eine Kriterienentwicklung.

Sie ist kein Branchenreport, weswegen die Agentur keine Recherche zu kontroversen Geschäftsaktivitäten oder -verhalten gemacht hat. Kontroversen werden im Zuge des Ratings von Bankanleihen für die dort enthaltenen Banken ohnehin erfasst.

Die Agentur räumt ein, eine gesonderte Kontroversen-Recherche wäre „unerlässlich“, denn nur so kann den Investoren und anderen Stakeholdern ein vollständiges Bild über Finanzinstitute gegeben werden. „Erst der Umgang mit Kontroversen zeige, wie ernst es Unternehmen mit internen Richtlinien ist und ob die Managementsysteme greifen. Es besteht demnach weiterer Research-Bedarf.“

Gut gesagt, ...

AUSSENANSICHT
8.4.2016 | Nr. 4

„Wir haben mehrere Projekte, die uns über längere Zeit begleiten. Eine Frage ist die Integration unserer globalen Produktion und Logistik über alle Unternehmensbereiche hinweg (...).

Dazu kommen die großen Themen Digitalisierung und Nachhaltigkeit.“

Simone Bagel-Trah, Aufsichtsratsvorsitzende des Verbrauchsgüterkonzerns Henkel im Handelsblatt-Interview (19.1.2015)

„Die Verdunkelung des Erfurter Doms ist ein Mahnmal für Mitmenschlichkeit.“

Das sagte der Erfurter Bischof Ulrich Neymeyer Anfang Februar anlässlich der Verdunkelung des sonst nachts hell angestrahlten Domhügels mit den zwei Kirchen. Der Erfurter Dom, so begründete er, solle nicht der Partei Alternative für Deutschland (AfD) als prächtige Kulisse dienen.

„Geld ist ein Mittel, um Ziele zu erreichen und Träume zu verwirklichen. (...) Dafür ist Geld das Mittel. Ein Zweck ist es nicht.“

Das sagte Slow-Food-Gründer Carlo Petrini im Interview mit der Süddeutschen Zeitung am 8. Januar 2016

„Wir sehen ganz klar, dass nachhaltige Geldanlagen aus der Nische rauskommen und der Markt enorme Wachstumsraten bietet. Das Interesse zeigt sich auch zum Beispiel bei Konferenzen: Wo sich früher 50 Leute getroffen haben, nehmen jetzt plötzlich 700 teil. Und die ganzen großen Banken sind inzwischen dabei. Die Wirtschaftsprüfer tauchen plötzlich auf, also es ist definitiv kein Nischenthema mehr, über das wir hier reden.“

Das sagte Christian Klein gegenüber dem Südwest Rundfunk (SWR) in dessen Beitrag mit dem Titel „Wie Anleger Politik machen – Mehr Ethik fürs Geld“ am 18. Januar 2016. Klein ist Professor für Unternehmensfinanzierung an der Universität Kassel.

„Durch die Entwicklung einer Übereinkunft für freien Handel und verantwortliche globale Bürgerschaft sowie die Vermeidung engstirniger Eigeninteressen kann die Bühne für das nachhaltige Wachstum bereitet werden, das die Welt so dringend braucht.“

Dieses Fazit zog Raghuram Rajan, Gouverneur der indischen Notenbank, in einem Gastbeitrag für das Handelsblatt am 19. Januar 2016. Darin forderte er eine stärkere Kontrolle geldpolitischer Maßnahmen und führte aus: „In einer idealen Welt würden die Möglichkeiten der Wirtschaft nicht durch politische Notwendigkeit zu Wachstum gebremst. In der realen Welt aber, in der die Verpflichtungen der Sozialversicherung, die Überschuldung und die Armut nicht verschwinden werden, brauchen wir Wege zu nachhaltigem Wachstum. Vor allem müssen wir eine Politik vermeiden, die auf Kosten anderer geht (...).“

Investor Relations Manager als strategische Navigatoren?

Die Aktienkurse schwanken stark. Zudem fordern Investoren neben gute Finanzzahlen auch unternehmerische Verantwortung. Das bekommen Manager für Investor Relations (IR) zu hören. „IR-Verantwortliche sind für ihr Unternehmen das ‚Ohr‘ am Kapitalmarkt. Es ist daher nur konsequent, IR auch in strategische Fragen einzubeziehen“, sagt Stephan Lowis, Präsident des Deutschen Investor Relations Verbandes DIRK. IR-Verantwortliche entwickelten sich in immer mehr von „Rudergängern“ zu „Navigatoren“. Doch wie gelingt es, sich als Berater des Vorstands zu beweisen? Diese Frage ist der Fokus der diesjährigen » Jahreskonferenz des DIRK am 23./24. Mai 2016 in Frankfurt. Zu klären ist auch, wie IR zu einer nachhaltigen Firmenstrategie beitragen kann. Umgekehrt geht es um die richtige Ansprache etwa von institutionellen Investoren mit hohem Shareholder Engagement sowie passende Nachhaltigkeitsberichten und/oder Integrierter Berichterstattung (Integrated Reporting).

Ein neues Paradigma

Unternehmen, die sich auf ökonomische und ökosoziale Zukunftsfähigkeit ausrichten, ändern Strategien und manche gar ihr Geschäftsmodell. Nachhaltigkeit wird ein neues Paradigma in der Geschäftswelt. Dem Motto „Sustainability as New Business Paradigm“ widmet sich vom 1. bis 3. August 2016 in Köln die » 3. International Conference on CSR, Sustainability, Ethics and Governance von der Cologne Business School und dem Global Corporate Governance Institute. Sie bringen Wissenschaftler aller Bereiche mit Führungskräften aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zusammen. Ziel sind Allianzen, um Wertfragen in Management, Bildung und Entwicklung zu integrieren. Zuvor fanden diese Wissenschaftskonferenzen in London und Nanjing statt.

Erscheinungsweise: monatlich

Erscheinungsart: kostenloses Abonnement

Konzeption & Organisation: Susanne Bergius
Redaktion:

Susanne Bergius, Jürgen Röder (Verantwortlicher im Sinne des §55 Abs.2 RStV)

Produktion: Heide Braasch

Internet: www.handelsblatt-nachhaltigkeit.de

Kontakt: handelsblatt.com@vhb.de
+49(0)211/887-0

Anzeigenverkauf:

iq media marketing gmbh,
www.iqm.de/newsletter
Email: kundenbetreuung@iqm.de
+49(0)211-887-3355

Verlag:

Handelsblatt GmbH
(Verleger im Sinne des Presserechts)
Kasernenstraße 67, 40213 Düsseldorf
Email: handelsblatt.com@vhb.de,
Tel.: 0800 723 83 12 (kostenlos)

Geschäftsführung:

Gabor Steingart (Vorsitzender),
Frank Dopheide, Ingo Rieper
AG Düsseldorf HRB 38183, UID: DE 812813090

Dieser Newsletter stellt ausdrücklich keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf dar. Es wird keine Haftung für die Richtigkeit der Angaben und Quellen übernommen. Die ausgewählten Anlageinstrumente können je nach den speziellen Anlagezielen, dem Anlagehorizont oder der individuellen Vermögenslage für einzelne Anleger nicht oder nur bedingt geeignet sein. Die in diesem Dokument enthaltenen Empfehlungen und Meinungen wurden von der Redaktion nach bestem Urteilsvermögen geprüft und entsprechen dem Stand zum Zeitpunkt der Erstellung des Dokuments und können sich aufgrund künftiger Ereignisse oder Entwicklungen ändern. Dieses Dokument darf in anderen Ländern nur in Einklang mit dort geltendem Recht verteilt werden, und Personen, die in den Besitz dieses Dokuments gelangen, sollten sich über die dort geltenden Rechtsvorschriften informieren und diese befolgen. Kein Teil dieses Newsletters darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages verändert oder vervielfältigt werden.

MELDUNGEN & AUSBLICK

8.4.2016 | Nr. 4

Mit Unterstützung von

ROBECOSAM
Sustainability Investing



GLS Bank
das macht Sinn

Bank für Kirche und Caritas eG

Steyler Ethik Bank
Wo Geld Gutes schafft

Degroof Petercam | Asset Management

GOOD GROWTH INSTITUTE

imug

FONDS Schelhammer & Schattera
Werte verbinden uns

G · E · S

Evangelische Bank

GREEN BUSINESS DEVELOPMENT

MURPHY & SPITZ
Nachhaltige Vermögensverwaltung



BUSINESS BRIEFING zu Nachhaltigen Investments

Die nächste Ausgabe erscheint am 13.05.2016.

– Newsletter bestellen unter www.handelsblatt-nachhaltigkeit.de